

An die
lokalen Medien

20.05.02

Zukunftstandort Phoenix

Presseerklärung

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich darauf verständigt, im Zuge der Beschlussfassung zur Grundstücksübertragung der Phoenix-Flächen Anforderungen an die weitere Bearbeitung des Projektes zu formulieren, die einer Qualifizierung und Modifizierung der grundsätzlich akzeptablen Entwicklungsziele dienen. Dabei geht es aus der Sicht beider Fraktionen um notwendige Veränderungen bei der Wohnbebauungsdichte, der Verkehrsanbindung, der Freizeitnutzung und der ökologischen Akzentsetzung

1. Phoenix-West

1.1 Verkehr

Die bisher vorgesehene ÖV-Erschließung ist unzureichend. Die Fraktionen sprechen sich dafür aus, die Anbindung über eine Stadtbahntrasse zu erreichen, die nach Berghofen weitergeführt wird. Hierzu wird auf die Untersuchungen der DSW aus 11.2002 verwiesen. Ein zusätzlicher DB-Haltepunkt kann eine Stadtbahnanbindung nicht ersetzen, allenfalls komplettieren. Da die Realisierung eines solchen Projektes längere Zeithorizonte benötigt, muss zum jetzigen Zeitpunkt in jedem Fall Verfügungsfläche für eine derartige Trassenführung bereitgestellt werden, die zwischenzeitlich von Bussen als separate Busspur benutzt werden kann. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob der Zukunftsstandort Phoenix mit dem bestehenden H-Bahnnetz verknüpft werden kann.

1.2 Energiekonzept:

Die Implementation der rationellen und effizienten Nutzung von Energien soll aus Sicht von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die bestehenden Vorgaben hinaus dahingehend erweitert werden, dass über ein Blockheizkraftwerk, vorrangig auf Biomasse-Basis, eine Nahwärmeversorgung hergestellt wird.

2. Phoenix-Ost

2.1 Nutzungskonzept/Freiraumkonzept/städtebauliche Qualifizierung

Aus der Sicht von SPD und GRÜNEN bedarf die vorgesehene hochwertige Wohnbebauung mit ca. 1500 bis 2000 Wohneinheiten im Endausbau einer genauen Prüfung. Diese muss insbesondere im Hinblick auf die öffentlich zugänglichen Bereiche und die zu erwartenden Freizeitnutzungen erfolgen. Es ist beabsichtigt, in einer Studie das zu erwartende Freizeitverhalten zu erfassen und ein sinnvolles Konzept zu entwickeln, das die gesamtwirtschaftliche Rentabilität nicht in Frage stellt. SPD und Grüne erwarten, dass in der Auftragsvergabe die Fragestellung berücksichtigt wird, inwieweit ein teilweiser Verzicht auf Wohnbebauung im südlichen Seeuferbereich aus der Sicht der Gutachter notwendig ist, um die Nachfrage nach Erlebnissen in diesem Ambiente zu befriedigen. Gleichzeitig soll untersucht werden, wie freizeitwirtschaftliche Nutzungen (Gastronomie etc.) anstelle von Wohnbau wirtschaftliche Nachteile kompensieren können.

2.2 Für den Bereich der Emscheraue am nordöstlichen Seeufer sind nach bisherigen Überlegungen zwei parallele Wegeführungen vorgesehen. Die direkte Wegeführung am See ist aus der Sicht der Freizeitnutzung attraktiv, kollidiert aber mit den Zielen der Biotopentwicklung und des Naturschutzes. Es ist zu überprüfen, ob der Parallelweg nördlich der Aue ausreicht, um den Wunsch nach Erlebbarkeit des Wassers zu befriedigen.

2.3 Verkehrskonzept

Auf die Erschließung über die Verlängerung der Kohlensiepenstraße ist - wenn möglich - zu verzichten. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden der Verwaltung den Auftrag erteilen, Planungsvarianten zu erarbeiten und darzustellen, durch die der Grünbereich, der bei der gegenwärtigen Planung durch verlängerte Kohlensiepenstraße zerschnitten wird, erhalten werden kann.

2.4 Abfallwirtschaftskonzept.

Bei der Planung der Infrastruktur für den relativ verdichteten Wohnbereich, soll mit EDG und Verwaltung geprüft werden, ob ökologische Abfallsammelsysteme installiert werden können, die einen Teil der Müllsammelbehälter überflüssig machen. Dabei muss die Möglichkeit der Mülltrennung und der Anreiz zur Müllvermeidung im Sinne der Nachhaltigkeit Berücksichtigung finden.

3. Verbindungsraum zwischen Phoenix-West und Ost

Die Querungen und Durchlässe unter der Fassstraße bedürfen sowohl in städtebaulicher als auch ökologischer Hinsicht einer adäquaten Lösung. Die Aufständigung der Fassstraße sollte im weiteren Verfahren als bevorzugte Planungsvariante behandelt werden. Es sollte geprüft werden, ob der Erhalt und die Nutzung der Trasse der Eliasbahn (Werksbahntrasse zwischen Phoenix und Westfalenhütte) als Radwanderweg und zur Stützung des Biotopverbundes einer

solche Planung widerspricht oder ob es eine Möglichkeit gibt, die Anliegen zu verknüpfen.

Darüber hinaus erwarten die Fraktionen, dass die vorhandenen Restrisiken beim Grundstücksankauf soweit minimiert werden, dass sämtliche, nicht eingesehene Unterlagen (Grundbuch, Baulastenverzeichnis, Miet- und Pachtverträge etc.) vor Vertragsunterzeichnung einer Einschätzung unterzogen. Dem Rat ist hierüber rechtzeitig Bericht zu erstatten.